



# HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2015

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **betreffend engagierte Arbeit der Beschäftigten wertschätzen und anerkennen - nachhaltige und solide Finanzpolitik - Hessen fiskalisch zukunftsfähig machen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Beschäftigten des Landes einen wertvollen Beitrag für das Funktionieren des Staates und seiner Einrichtungen erbringen. Durch ihren engagierten Einsatz sorgen sie dafür, dass das Land seinen Verpflichtungen den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber so gut nachkommt. Die Beamtinnen und Beamten erbringen in vielen Bereichen wichtige Leistungen für unser Gemeinwesen. Das Beamtentum gehört zu den grundlegenden Eckpfeilern unseres Landes und unserer Rechtsordnung. Der Landtag dankt den Beamtinnen und Beamten des Landes für ihre Arbeit und spricht ihnen seine hohe Wertschätzung und Anerkennung aus. Aus Sicht der Beamtinnen und Beamten sind Wünsche nach einer Besoldungserhöhung nachvollziehbar. Der Landtag begrüßt den konstruktiven Dialog hierüber mit Beamtenbund und Gewerkschaften.
2. Der Landtag ist sich seiner verfassungsrechtlich verankerten Pflicht, Beamtinnen und Beamte angemessen zu alimentieren, bewusst. Den Beamtinnen und Beamten ist nach ihrem Dienststrang, nach der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards ein angemessener Lebensunterhalt zu gewähren. Der Landtag sieht diese Pflicht erfüllt. Auch im bundesweiten Vergleich schneidet die Besoldung in Hessen gut ab.
3. Der Landtag ist als Haushaltsgesetzgeber zugleich an die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Neuverschuldung gebunden. Das Land steht vor der großen Herausforderung, die jährliche Neuverschuldung in den Haushalten bis zum Jahr 2019 zu beenden. Dies haben die Bürgerinnen und Bürger per Volksabstimmung in der Landesverfassung festgeschrieben. Die derzeitige Schuldenlast beträgt rund 43 Mr. €. Die jährliche Neuverschuldung konnte bereits deutlich reduziert werden. Dennoch wird im Landeshaushalt 2015 noch mit einem Haushaltsdefizit von 730 Mio. € und 2016 mit einem Defizit von rund 600 Mio. € gerechnet. Es bedarf folglich gemeinsamer Anstrengungen aller, um 2019 das Ziel der Beendigung der Netto-Neuverschuldung erreichen zu können.
4. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass der Anteil der Personalausgaben am Landeshaushalt rund 40 Prozent beträgt. Auch angesichts der demografischen Entwicklung kann ein so großer Bereich nicht aus den Einsparbemühungen ausgenommen werden. Daher begrüßt der Landtag, dass auch im Bereich der Beamtenbesoldung ein Beitrag zur Konsolidierung geleistet wird, indem die Besoldung der Beamtinnen und Beamten nur moderat steigt, ohne dabei das Alimentationsprinzip zu verlassen.

In Anbetracht der seit längerer Zeit konstant niedrigen Inflationsrate ist eine gewisse Verzögerung in der Gehaltentwicklung aktuell ohne größeren Reallohnverzicht möglich; er schafft zugleich die Grundlage für die Umsetzung der geplanten schrittweisen Reduzierung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte von derzeit 42 auf 41 Wochenstunden. Ein Blick auf andere Bundesländer zeigt zudem, dass in Hessen die Beamtenbesoldung auf einem vergleichsweise hohen Niveau liegt. Der Landtag weist darauf hin, dass die Bezüge der Beamtinnen und Beamten 2013 und 2014 einschließlich der Versorgungsrücklage um jeweils 2,8 Prozent angehoben wurden. Dies bedeutet einen Mehraufwand von rund 360 Mio. € allein im Etat 2015.

5. Das Land wird mit den bereits ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen auch weiterhin ein attraktiver Dienstherr bleiben. Der öffentliche Dienst ist in hohem Maße familienfreundlich. Der Landtag unterstützt Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einschließlich der Pflege Angehöriger und die Gesundheit der Bediensteten weiter zu stärken und die Zahl sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge zu reduzieren. Nicht zuletzt bietet der öffentliche Dienst seinen Beamtinnen und Beamten höchste Arbeitsplatzsicherheit.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 29. April 2015

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**